

Eupen, den 8. November 2017

Das Wort der Parteien

Für wen ist Lambertz Senator?

Dass der Senat im belgischen Staatsgefüge keinen Stellenwert mehr hat, ist bekannt. Wen wundert es da, dass zahlreiche Bürger mit den damit verbundenen hohen Ausgaben für die Allgemeinheit nicht einverstanden sind. Der Senat kostet dem Föderalstaat dieses Jahr laut dem RTBF fast 48 Millionen Euro. Wenn man bedenkt, dass die Institution seit der 6. Staatsreform kaum noch Zuständigkeiten hat, fragt man sich unweigerlich, warum das Geld des Steuerzahlers für solche Zwecke verschwendet wird. Vivant ist der Meinung, dass der Senat keinen Nutzen hat und zwingend abgeschafft werden sollte. Dies ist jedoch nicht alleine aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft heraus zu bewerkstelligen. Allerdings möchten wir den Vorschlag unterbreiten, das Amt des Senators der DG mit dem des Parlamentspräsidenten zu kumulieren, um somit unnötige Kosten zu vermeiden. Als Karl-Heinz Lambertz am 11. Oktober 2016 als Senator der deutschsprachigen Gemeinschaft vereidigt wurde, betonte er in einem Interview mit dem GrenzEcho, dass er der Zusammenlegung der beiden Ämter äußerst kritisch gegenüber stehe. Ein Senator habe wirklich genug Arbeit, so Lambertz. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass von den 28 Sitzungen (Oktober 2016 bis heute) der Commission des Affaires institutionnelles, der Lambertz angehört, fast die Hälfte nicht mehr als eine Stunde dauerte, manchmal waren es lediglich 15 Minuten. So viel zum sogenannten Vollzeitjob eines Senators. Lambertz ist vor allem als AdR-Vorsitzender unterwegs. Mitte September veröffentlichte er seine Wochenplanung auf Twitter: dienstags Brüssel, mittwochs Sevilla, freitags Valencia. Wo bleibt da noch die Zeit, im Senat für die Interessen der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzutreten? Interessant ist nämlich, dass Lambertz seit seinem Amtsantritt vor über einem Jahr schon drei Mal die Vollversammlung des Senats versäumt hat. Eine Kumulierung der beiden Ämter wäre also wünschenswert. In diesem Falle würde zudem das Entschädigungsgeld für den Senator keineswegs wegfallen, sondern weiterhin an die Deutschsprachige Gemeinschaft ausgezahlt werden, da in der Verfassung für diese konkrete Situation keine Bedingungen vermerkt sind. Folglich stünde dieses Geld zusätzlich zur Verfügung. Diese finanziellen Mittel sollten für die Allgemeinheit ausgegeben werden, um schon lange fällige Projekte wie beispielsweise kostenfreie Schulbusse für alle Schüler (auch ab 12 Jahren) anzubieten, anstatt einen Senator für ein paar Sitzungen pro Jahr fürstlich zu entlohnen.

Michael Balter
Alain Mertes